

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Verantwortlicher Hr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Verantwortlicher Hr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beizeile oder deren Raum 15 Pfg., für Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 240.

Freitag, den 13. Oktober 1905.

12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Unseren Feinden!

Der Riesenkampf, der sich gegenwärtig in der Elektro-Industrie von Berlin und Umgegend abspielt und möglicherweise in Kürze sich auf die gesamte Berliner Metallindustrie ausdehnt, wenn das Unternehmertum seinen brutalen Instinkten gegen die Arbeiterklasse folgt, hat bis jetzt für die Sozialdemokratie große Vorteile gewollt.

Dieser Kampf hat auch dem karglichsten und verträglichsten Arbeiter, der noch an eine gewisse Harmonie der Interessen zwischen Kapital und Arbeit, das heißt zwischen Unternehmertum und Arbeiter glaubte, ein Licht aufgeleuchtet, wie es die beste sozialdemokratische „Ordnung“ nicht besser ihm aufleuchten konnte.

Was sehen wir? Nahe an 500 Arbeiter (Schraubendreher und Lagerarbeiter) fordern von ihren Unternehmern eine Lohnerhöhung, die auch der rigoroseste Brod nicht als unbeschreiblich ansehen kann. Darauf erklärten die Unternehmer beziehungsweise ihre geistlichen Handlanger, die Fabrikanten, daß sie eine solche Forderung nicht bewilligen wollen und daß, wenn die Arbeiter nicht sofort die mittlerweile hingelagelte Arbeit wieder aufnehmen und zwar zu den alten Bedingungen, sie ihre gesamten Arbeiter aufs Pflaster werfen würden.

Gesagt, getan! Da die streikenden 470 Arbeiter, wie sich von selbst versteht, sich einer solchen schamlosen Zumutung nicht fügen, müssen heute 40 000 Arbeiter, die an dem Streik gänzlich unbeteiligt sind, für sie mitbüßen und sind mit ihren Familien dem Elend der Verdienstlosigkeit preisgegeben.

Wir fragen jeden ehrwürdigen Menschen: kann es einen gewalttätigeren, rücksichtsloseren und ungeraderen Standpunkt geben, als ihn hier die Unternehmer ihren Arbeitern gegenüber einnehmen?

Über 40 000 Arbeiter werden mit der Breitschärpe ihrer Existenz bestraft, weil einige hundert Arbeiter ihre berechtigten und beschreibenen Forderungen nicht auf ein Machtwort der Unternehmer aufgeben und wie geprügelte Hunde zu Kreuz kriechen wollen.

Man muß sich diese wenigen nackten Tatsachen vergegenwärtigen, um die Ungeheuerlichkeit der Zustände, unter denen wir leben, zu begreifen.

Aber nicht genug damit. Wollen die ausgeperrten Arbeiter nicht bis zum 14. d. M. wie rennende Säuler in die kapitalistischen Wogen zurückweichen, so sollen weitere 20 000 Menschen aufs Pflaster fliegen und mit ihren Familien ebenfalls der Verdienstlosigkeit, d. h. dem Hungern preisgegeben werden.

In welchen Zuständen und in welchem Zeitalter leben wir?

Wollt es einer kleinen Handvoll ungeheuer reicher Leute, die aus der Arbeitskraft ihrer Arbeiter Jahr für Jahr Tonnen roten Goldes erpressen, beliebt, einigen hundert Arbeitern eine kleine Lohnerhöhung zu verweigern, die ihre Profiteure nicht um ein Viertel Prozent kürzte, werden weitere Zehntausende von Arbeitern, die mit ihren Familienangehörigen die Bevölkerung einer respektablen Großstadt bilden, zum Hungern verurteilt.

Car tel est nostre plaisir! (Das ist so unser Vergnügen!) sagten die absoluten Könige des Regimes vor der großen Revolution.

Diese kleine Handvoll Großkapitalisten schädigt selbstverständlich auch der Durchführung ihres Herrenstandpunktes zunächst mit Tausenden von Mittelstandsleuten auf das allerschwerste. Denn mit den hungrigen Arbeitern und ihren Familien müssen hüben die Wohnungsvermieter, die Krämer und Kaufleute, die Wirte, Schneider, Schuhmacher usw. usw., mit einem Wort die kleinen selbständigen Existenzen, die von dem Arbeitsverdienst der ausgeperrten 40 000, nächstens vielleicht der 60 000 Arbeiter leben.

Und da die Regierung, wie sich das für eine Regierung, die namentlich auf das Wohl ihrer reichen Untertanen bedacht sein muß, von selbst versteht, die Proben in der Elektro-Industrie unterstützt, so können sich diese Tausende von kleinen Geschäftsleuten bei dieser Regierung, die auch besonders die Mittelstandsretterei betreiben will, bedanken.

Kufen wir also süßlichen Herzens: Hoch lebe die Mittelstandsretterei! Die allerdings an diesem Berliner Vorgang gemessen als der reinste Humbug erscheint.

Aber noch andere Lehren lassen sich aus diesem Riesenkampf ziehen, Lehren, die nicht den Magnaten in der Elektro-Industrie und ihren Hintermännern in der Regierung zugute kommen, sondern der von beiden aufs äußerste gehetzten Sozialdemokratie.

Ein Charakteristikum des Riesenkampfes ist, daß die ge-

samte bürgerliche Presse Berlins, von der „Vossischen Zeitung“ und dem „Berliner Tageblatt“ bis zur „Nordd. Allg. Ztg.“, der „Deutschen Tageszeitung“ und der „Kreuz-Zeitung“ auf Seiten der Unternehmer steht.

Als es sich um die Arbeiterausstände in Hamburg, Krimmitschau, dem Ruhrgebiete usw. handelte, stand die Berliner Presse weit vom Schuß, d. h. ihre kapitalistischen Interessen wurden von jenen Arbeiterausständen nur wenig berührt, und so sah es sehr schön aus, daß ein Teil derselben in Arbeiterfreundlichkeit machte und den betreffenden Unternehmern ins Gewissu redete, ihren Arbeitern entgegenzukommen und sich mit ihnen zu verständigen.

Diesmal liegen aber die Dinge ganz anders. Bei der Aussperrung der Arbeiter in der Berliner Elektro-Industrie und verwandten Betriebe ist das gesamte Berliner Großkapital einschließlich der Eigentümer der bürgerlichen Presse direkt oder indirekt mit dem eigenen Geldbeutel engagiert. Wo aber die eigenen finanziellen Interessen der Presse oder ihrer Klientel in Frage kommen, da läßt sie die Maske des Liberalismus, der Arbeiterfreundlichkeit und des Christentums fallen und haut mit der ganzen Wut des in seinen Interessen bedrohten Kapitalisten auf die Arbeiter los und nimmt die Gewalttate der Unternehmer in Schutz.

Auch das trägt dazu bei, einen weiteren großen Kreis von Leuten den Star zu machen und sie über die wahren Gefährdungen der bürgerlichen Presse anzuklären. Das kommt wieder der gehetzten Sozialdemokratie zugute.

Das weiß natürlich auch die gegnerische Presse und da sie sich der Erbarmlichkeit ihrer Rolle sehr wohl bewußt ist, so muß sie die Sachlage vor ihrer Leserschaft verdecken und lügen und verdunkeln, daß die Balken brechen. Und wie kann sie leichter ihre Stellungnahme rechtfertigen, als daß sie frech und dreist erklärt:

In dieser ganzen Melancholie sei wieder nur die Sozialdemokratie schuld; sie allein sei das Karrenrad, das angefangen habe und nur um ihr Parteiinteresse zu fördern, habe sie den Streik vom Baum gebrochen und das brave, harmlose Unternehmertum zu einem „Akt der Notwehr“ gezwungen.

In dieser verlogenen Weise schaut es unisono von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten der bürgerlichen Presse Berlins.

Allen voran das achselträgerischste Blatt der Berliner Presse, das sich liberal nennende „Berliner Tageblatt“, das in seiner Morgenaufgabe vom 9. Oktober dieses Thema ganz besonders zu Tode reitet.

Das „Berliner Tageblatt“ heult darüber Stürme von Ablasstränen, daß die armen von der Sozialdemokratie verführten Arbeiter die Besche begreifen müssen. Denn daß die Arbeiter in dem ihnen aufgedrungenen Kampfe unterliegen, steht für das Mössische Kapitalistenblatt von vorn herein fest.

Nachdem es die Hoffnung ausgesprochen, daß man hüben und drüben seine wahren Interessen werde kennen lernen, fährt das Mössblatt also heuchlerisch und verlogen fort:

Auf der Arbeitersseite ist der Einfluß der Sozialdemokratie, die die Streiks und die Kriegserklärungen an die Unternehmer überhaupt aus parteipolitischen Gründen braucht, ein Hindernis für diese Erkenntnis und auf der Seite der Arbeitgeber ist das gleiche der Fall. So lange die Arbeiter, wie jetzt in Berlin, Streiks im Interesse der Sozialdemokratie inszenieren werden, werden die bürgerlich fühlenden Unternehmer sich dagegen wehren, und mit Recht. Wenn aber die Arbeiterschaft die sozialdemokratischen Parteikinderschule abgelegt haben wird, dann wird auch das Unternehmertum in dem Bewußtsein, daß die Arbeiter aus solchen, nicht aus parteipolitischen Gründen ihnen mit ihren Forderungen kommen, diese Forderungen mehr berücksichtigen als jetzt! Dann aber wird der Streik die Aussperrung nicht, wie heute, das alltägliche Kampfmittel, sondern nur die ultima ratio sein, die ebenso selten in Anwendung kommen wird, wie ultima ratio regum, die Kanone.“

Schade um jeden Satz, der diesem böden Gewinn als Widerlegung gewidmet würde.

Die Sozialdemokratie hat — wie aus der Darstellung des Sachverhalts in diesem Artikel für jeden, der ehrlich ist, hervorgeht — mit dem Streik in der Berliner Elektro-Industrie genau so viel zu tun, wie das „Berliner Tageblatt“. Was sich auf diesem Gebiete in den letzten Wochen abspielte, hat die Sozialdemokratie und ihre Zeitung auf demselben Wege erfahren wie das „Berl. Tageblatt“.

Aber wenn die Sozialdemokratie mit dem Streik und Massenausbruch in der Berliner Elektro-Industrie bisher nicht das geringste zu tun hat, ist damit nicht gesagt, daß sie auch künftig mit diesen Vorgängen und ihrer Konsequenzen nichts zu tun haben will.

Wir können den Rudolf Mosse und Genossen verraten, daß die gesamte Sozialdemokratie Deutschlands den jetzt hier in Berlin sich abspielenden Kämpfen mit gespanntester Aufmerksamkeit folgt und daß sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften und Mitteln in diesen Kampf eintreten wird — selbstverständlich zugunsten der sehr viele misshandelten Arbeiter — sobald sie glaubt, daß die Stunde dazu gekommen ist.

Zunächst ist es Sache der beteiligten Gewerkschaftsorganisationen, vor allen Dingen in Berlin, diesen Kampf im Interesse ihrer Angehörigen bis zum äußersten zu führen, und die Gewerkschaften werden ihren Mann stellen. Das Weltere wird sich finden.

Ein aber mögen sich die Mosse und Genossen, mit einem Wort der ganze Berliner Kapitalistenklingel schon jetzt merken:

Wenn die Herren glauben, mit einem Kampfe gegen ihre Arbeiter, denen sie ihre Millionen verdanken, die Sozialdemokratie zu schädigen und zu schwächen, so irren sie sich: sie schädigen selbst dann nicht die Sozialdemokratie, sondern stärken sie nur, wenn die Arbeiter — was wir nicht glauben — in diesem Kampfe unterliegen sollten. Dafür haben die Mosse und Genossen mit ihrer blöden Politik zu gut geforgt.

Wie diese Kapitalmagnaten Tausenden von Mittelstandsleuten klar gemacht haben, daß nicht der Arbeiter, sondern das Proletariat in der Großindustrie ihr Todesfeind ist, so haben sie auch schon jetzt durch ihre Massenausperrung Zehntausenden von Arbeitern klar gemacht, daß nicht die Sozialdemokratie, sondern der Kapitalismus — gehören seine Träger zu den beschämtesten oder unbeschämtesten Kamionsbesten — der grimmigste Feind der Arbeiter ist.

Tadeln sie Zehntausende von Arbeitern auf die Straße werfen, rüchelt ob es rote Sozialdemokraten oder patriotische Arbeitervereiner, liberale Gewerkschaftler oder fromme Zentrumskandidaten sind, also ohne Rücksicht auf politische Gesinnung und Religion, sondern nur weil es ein Arbeiter ist, so begreifen nunmehr auf einmal die Arbeiter, daß sie als Arbeiter gleiche Interessen haben und sie Dammklappe sein müßten, sich künftig noch von ihren sozialen Feinden weiter am politischen Narrenseil herumführen zu lassen.

Sie begreifen jetzt mit erschreckender Deutlichkeit, daß es für sie nur noch ein Dürben gibt, d. h. auf Seiten der Sozialdemokratie zu stehen und zu kämpfen.

In diesem Sinne haben einmal wieder die Mosse und Genossen, unsere größten Feinde, sich als unsere besten Freunde gezeigt und so rufen wir aus Herzensgrunde ihnen zu:

Vivent nos amis, les ennemis!

Es leben unsere Freunde, die Feinde!

Was sich auch eine wohlweise Regierung bis in ihre obersten Spitzen hinter die Ohren schreiben mag!

Politische Handlungen.

Deutschland.

Für die Bejeitigung des allgemeinen Wahlrechts legt sich wieder das Agrarblatt ins Zeug. Das Blatt meint, daß, wenn die Sozialdemokratie im Reichstage Obstruktion treiben würde, die Regierungen zur Auflösung des Reichstages gezwungen müßten. Wörtlich heißt es dann weiter: „Wenn sie das aber tun, dann müssen sie von vorn herein damit rechnen, daß die bloße Auflösung nicht genügt, sondern gegebenenfalls andere Maßregeln folgen müssen. Welcher Art diese sind, braucht nicht besonders gesagt zu werden.“ — Wir kennen die Weisheit, wir kennen den Teufel! Man redet der Bejeitigung des allgemeinen Wahlrechts das Wort und wenn es nicht auf legalem Wege geht, dann kommt es zum Staatsstreich!

Der lange Möller geht. Der Rücktritt des Ministers Möller wird nunmehr auch offiziell angekündigt. Die „Köln. Ztg.“ bringt eine augenblicklich inspirierte Auslassung, aus der hervorgeht, daß Minister Möller sich für die Durchführung der Hibernia-Aktion zu schwach fühlte und deshalb einem andern den Ministerstuhl einräumen will. Das rheinische Blatt schreibt: „Die Gerüchte über eine Amtsmöglichkeit des Handelsministers Möller nehmen immer festere Gestalt an. Es heißt, daß Minister Möller zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß die auf die Kohlenfelder und die Hibernia-Gesellschaft bezüglichen Verhandlungen mit größerer Leichtigkeit von einem neuen Minister geführt werden können, der nicht durch die früheren Verhandlungen sich in manchen Punkten in seiner Stellungnahme für beengt hält. Unter diesen Umständen ist es möglich, daß Möller dem Kaiser im Interesse der Sache seinen Rücktritt anbieten wird. Gegenwärtig sind die Gründe persönlicher oder parteipolitischer Natur liegen jedenfalls nicht vor. Es ist ebenso anzutreffen, wenn jetzt von einem agrarischen Minister-Möller gesprochen wird, als wenn man früher behauptete, daß Möller den Kohlenmagnaten zum Opfer gebracht werde.“ — Um Gründe für seinen Rücktritt wird Möller wohl nicht verlegen sein; sie sind so billig wie Brombeeren.

Die Abgeordneten Brömel und Paschwitz (Freisinnige Vereinigung) richteten an ihre Wählerschaft eine Ge-

Kürzung, worin sie ihren Austritt aus dem Vorstande und dem geschäftsführenden Ausschuss des Wahlvereins der Liberalen anzeigen. Sie begründen ihren Austritt mit Meinungsverschiedenheiten faktischer und sachlicher Art, denen sie sonst entweder in engerem Kreise oder in der Öffentlichkeit entgegenzutreten müßten, wenn sie nicht durch ihr Schwiegen den Anschein der Willigung erwecken und die Verantwortung übernehmen wollten.

Preiskorruption. Die Konkurrenz auf dem Gebiete der Presse hat einen fündigen Verlag auf ein Mittel verfallen lassen, das der im übrigen Geschäftsleben so blühenden Verflechtung der Angehörigen verteuert ähneln sieht. Die Zahl der Korrespondenzen, die die Redaktionen mit „Stoff“ versorgen, ist namentlich in Berlin sehr groß und die Abgabemöglichkeiten für die immer noch neu entstehenden Korrespondenzen werden stets zahlreicher. Eine uns zum erstenmal zu gehende gedruckte umfangreiche Wochenkorrespondenz scheint nun bei Gelegenheit ihres Inhalts weniger zu trauern als folgendem Angebot, das sie auf der ersten Seite veröffentlicht:

Preisanschreiben für unsere verehrlichen Abonnenten!

Das ständige Wachsthum der Abonnentenzahl auf unsere Zeitschrift „Die Neue Korrespondenz“ bewirkt uns zur Genüge, daß dieselbe eine große Lücke im Zeitungslesen ausfüllt. In Anerkennung dessen haben wir nun für die Förderer unseres Unternehmens Reichhaltigkeitsprämien von je 100 Mark in bar ausgelegt, und zwar soll für jedes 100. Jahressubskriptionsabonnent obige Prämie von 100 Mark gezahlt werden. Maßgebend sind hierbei folgende Bedingungen: 1. Zur Berücksichtigung bei der Prämierung kommen die Abonnementschüsse für das Jahr 1906, die bis 20. Dezember ds. J. bei uns eintreffen. 2. Die Prämie erhält diejenige Redaktion der bei uns abonnierten Zeitung, durch welche das Abonnement bestellt wird. Vorheriger Eingang des Abonnementsbetrages ist selbstverständlich vorausgesetzt. 3. Die Auszahlung der Prämien erfolgt am 23. Dezember d. J. in unserer Geschäftsstelle. Auf Wunsch senden wir den Betrag am 22. Dezember per Postanweisung ein.

Es soll uns freuen, recht viele dieser Kompositionen unserer verehrlichen Abonnenten auszahlen zu können und empfehlen wir uns inzwischen

hochachtungsvoll

Redaktionsrat u. Co., Sitzungsverlag.

Berlin SW., den 12. September 1905.

Magdalenenstr. 27.

Das Korrupte an diesem „Preisanschreiben“ besteht darin, daß die Spekulation offenbar auf die Redakteure gerichtet ist. Auf den Verleger gerichtet müßte sie unwirksam sein, denn ein Zeitungsverlagsgeschäft muß selbst in kleineren Verhältnissen mit so großen Mitteln arbeiten, daß ihr die Aussicht, möglicherweise 100 Mk. zu verdienen, doch auf keinen Fall verlockend kann, eine Korrespondenz zu abonnieren, wenn sich nicht ihres Inhalts wegen das Abonnement empfiehlt. Auch die Verbindung mit Wagnern läßt darauf schließen, daß ein armer Teufel von kleinem Redakteur durch die Aussicht auf eine Aufbesserung seiner mageren Gehaltsklasse verlockt werden soll, ohne Rücksicht auf den Wert des Jahralts das Abonnement zu veranlassen. Da aber das Abonnement vom Verleger und nicht vom Redakteur bezahlt wird, so verdient das Verfahren lediglich die Bezeichnung: Korruption.

Zur Fleischnot. Die „Stat. Korresp.“ bringt die amtlichen Durchschnittspreise der wichtigsten Lebensmittel im September. Sie zeigen mit der einzigen Ausnahme von Weizenmehl, dessen Preis sich gegen den August nicht vermindert hat, weitere Preissteigerungen. Die Preise für 1 Kilogr. in Pfennigen betragen

	Rindfleisch	Schweinefleisch	Hühnerfleisch	Gänsefleisch	Speck	Butter	Eier
Septbr. 1905	159	157	172	166	156	185	249
August 1905	154	133	167	158	154	179	243
Septbr. 1904	143	122	134	144	142	150	244

Die Erhöhung des Preisniveaus ist zwar nicht mehr so hochgeschritten, wie im August, das liegt aber nur daran, daß der August bereits ganz enorme Preise hatte. Um so schärfer wird die neuzeitliche Steigerung empfunden. Im Zuge dieser Zahlen sieht man auch deutlich, wie es mit der Preissteigerung des Schweinefleischs bestellt ist. Dem höchsten Preis für Schweinefleisch hat London mit 2,20 Mk. pro Kilogr., dann folgt Genua mit 2 Mk., London mit 1,90 Mk., Breslau mit 1,85 Mk., Wien mit 1,81 Mk., Halle, Kassel und Regensburg mit je 1,80 Mk. Der niedrigste Preis war 1,50 Mk. (Köln, Straßburg, Danzig und Baden). Der höchste Rindfleischpreis mit 1,80 Mk. ist in Berlin, Halle und Wien verzeichnet. Frankfurt ist in der Tabelle nicht enthalten. Das Tempo der Preissteigerung seit Januar d. J. ist das folgende: Es betrug im August im Durchschnitt der 23 Markorte in Pfennigen:

	August	Septbr.
Rindfleisch (Halle)	142	155
Rindfleisch (Breslau)	121	137
Schweinefleisch	135	172
Hühnerfleisch	143	166
Gänsefleisch	138	156
Speck	153	185
Eier	158	178

Durch die Markierung von der Seite am 17. Bz., vom 18. Bz., Schweinefleisch am 37. Bz., Rindfleisch am 23. Bz., Gänsefleisch am 18. Bz., Speck am 32. Bz., Hühnerfleisch am 20. Bz., geflügeltes, vögeln in Zusammenfassung zusammengefasst waren. — Auch dem letzten Dresdenener Markbericht vom 9. Oktober hat die besten Fleischpreise pro 100 Kilogramm wieder zugeführt: Rindfleisch von 79 auf 80, Schweinefleisch von 84 auf 85, Hühnerfleisch von 82 auf 83, Gänsefleisch von 85 auf 88 und Speck von 82 auf 88. Für das Fleisch Schweinefleisch nach im Jahre ist 140 Mk. gezahlt worden, gegen 90 und 90 Bz. vor der Fleischnot! — Eine große Menge von Fleisch und Gemüse wurden in die Städte, die sie zum

Selbstkostenpreis abgeben. Eine Fleischnot aber besteht trotz alledem nach Pöbbeck nicht!

Nochmals der „Fall“ Nienwenhuis. Der Polizeipräsident von Köln hat in der „Köln. Bz.“ eine lange Erklärung vom Stapel gelassen, in der er unter Anführung von 10 und 10 viel Paragraphen nachzuweisen sucht, daß die Behandlung des Greises durch „Lore“ war, daß j der Schritt, den man gegen ihn unternommen hat, sich juristisch „rechtfertigen“ läßt. — Wir wollen das dem Polizeipräsidenten gerne glauben. Die Angriffe, die im Falle Nienwenhuis erhoben wurden, haben sich aber auch ganz und gar nicht gegen die Person dieses oder jenes Beamten gerichtet, sondern gegen das ganze System, das die nach Deutschland kommenden Ausländer, zumal wenn sie Revolutionäre sind, der unerbittlichsten Willkür aussetzt, je rechtfertigt macht, der Polizei die Machtbefugnisse gibt, so zu handeln, wie sie eben im Falle Nienwenhuis gehandelt hat. Gegen dies System, dem allein unser Kampf gilt, liefert uns gerade die Erklärung des Kölner Polizeipräsidenten neue wertvolle Waffen. Im übrigen sei noch bemerkt, daß Nienwenhuis der deutschen Sozialdemokratie und der Parteipresse den Dank für ihr mannhafes Eintreten zu seinen Gunsten ausspricht.

Die bayerische Wahlreform. Die Kammer der bayerischen Abgeordneten begann gestern die Beratung der Anträge auf Veränderung des Wahlgesetzes. Der Zentrumsantrag ist die Wiederholung des im vorigen Jahre nicht zu Stande gekommenen Regierungsentwurfes. Er fordert die gesetzliche Wahlkreiserteilung nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1900, die relative Mehrheit und die einjährige Steuerleistung. Der Antrag der Liberalen verlangt die Proporzionalwahlen, wobei die acht Regierungsbezirke als Wahlkreise gelten. Von der Vorkbedingung der Steuerleistung ist abgesehen. Ein Zusatzantrag der Liberalen verlangt, daß die Wahlkreiserteilung nach der jeweiligen letzten Volkszählung durch königliche Verordnung festgesetzt werde und verlangt dabei eine absolute Mehrheit. Der Antrag des Zentrums und die beiden liberalen Anträge haben die Form vollständig ausgearbeiteter Gesetzentwürfe. Dagegen verlangt ein Antrag der Sozialdemokraten kurz die Vorlage eines Wahlgesetzes, wonach allen volljährigen Bayern das direkte gleiche Wahlrecht unter Anwendung der Proporzionalwahl zugesichert wird. Geiger-München (Zentr.) begründet den Antrag des Zentrums und spricht die Hoffnung aus, daß infolge des Ausfalls der letzten Wahlen es nunmehr gelingen werde, das im Vorjahre gescheiterte Wahlgesetz durchzubringen. Der Redner wies dem Minister des Innern vor seine Fassung betreffend die Wahlkreiserteilung nicht dem Sinne nach erfüllt zu haben. Sowohl die Wahlkreiserteilung wie die Bildung der Wahlkreise sei geleitet gewesen von dem Bestreben, den Wahlsitz der Liberalen möglichst zu erhalten. — Hammer-Schmidt (Lib.), der den Antrag der Liberalen begründet, meint, die letzte Wahlkreiserteilung zeuge deutlich das Bestreben, dem Zentrum entgegenzukommen und die Liberalen an die Wand zu drücken. Die Wahlstatistik lehre, daß das Zentrum etwa 30 Mandate zuziel erhalten habe. Der Redner legt eingehend dar, daß die Verhältniswahl das beste und gerechteste System sei. — Seiger (Sozialdemokrat) begründet den sozialdemokratischen Antrag, wobei er hervorhebt, daß sich die Verhältnisse des jetzigen Wahlsystems bei den letzten Wahlen deutlich gezeigt habe. Der sozialdemokratische Antrag schließt sich selbstverständlich auch das Frauenwahlrecht ein. Er bezieht die Vorbedingung des Steuerzahlens. Niemals mehr werde seine Partei dem Gedanken zustimmen, daß die Wahlkreiserteilung durch königliche Verordnung zu regeln sei. — Wenninger (Freie Vereinigung) erklärt, daß die Freie Vereinigung nunmehr der alten Regierungsvorlage, das ist der jetzige Zentrumsantrag, zustimme. Der Ministerpräsident verweigert die letzte Wahlkreiserteilung, indem er sagt, die Regierung könnte nicht alle Nachteile beibringen, so ist nur unweigerlich der gesetzlich gegebenen Grenzen in einigen Wahlkreisen eine Teilung in kleinere Wahlkreise durchzuführen. Inwieweit der Ministerpräsident über die Grundsätze der neuen Wahlkreiserteilung Klarheit erlangt, der Ministerpräsident verweigert die Einzelheiten der neuen Einteilung in Oberfranken und verwahrt die Regierung gegen den Vorwurf der Schwäche und Nachgiebigkeit. Der Minister des Innern weist in demselben Sinne die Angriffe der Parteimitglieder bei der Wahlkreiserteilung zurück.

Die Bundesratsberatungen über die Stengelischen Steuerpläne nehmen, wie den „Misch. Nachrichten“ offiziell aus Berlin gemeldet wird, einen den Verhältnissen des Reichsfinanzministeriums sehr günstigen Verlauf. Zwar werden zahlreiche Änderungen begehrt, in der Hauptsache aber bringen die Entwurfs des Reichsfinanzministeriums, deren Grundgedanke sehr gerühmt wird, Fortschritt. — Die hier gerühmte „Sinnlichkeit“ der Stengelischen Projekte dürfte, so bemerkt die „F. D. P.“ mit Recht, wohl darin bestehen, daß den deutschen Steuerzahlern wieder einmal „günstlich“ die Taschen geistert werden sollen, und dafür haben ja die Finanzminister der Einzelstaaten ebenso wie der Reichsfinanzminister ein lebhaftes Interesse.

Keine volle Kompottschüssel. Gegenüber der Meldung, nach welcher der Kaiser dem Reichstagsler erklärt habe, die Kompottschüssel sei jetzt voll und für die Arbeiter sei vorläufig genug getan, veröffentlicht die „Soziale Post“ ein Schreiben, das Fürst Bülow an den Reichstagsler Professor Brandt auf dessen Bitte um Aufklärung gerichtet hat. Darin heißt es: „Ihre Anfrage beantwortete ich dahin, daß Se. Majestät mir nichts derartiges gesagt hat.“ — Nun ist ja die Geschichte vorhin bemerkt worden. Wenn das nicht zieht, zieht gar nicht mehr.

Der Altenburger Reichstagsabgeordnete Porzig im Jenaer Gemeinderat. Dem „Vorn.“ wird aus Jena geschrieben: „Katholik der Fleischnot hatten ein paar Gemeinderatsmitglieder in Jena den Antrag gestellt, die Gemeindebehörde zu ersuchen, beim Thüringer Städtetag zu beantragen, daß die Frage der Fleischnot dort erörtert werden solle. Da nun jede Zeit der Gemeinderat in Jena über diese Eingänge abhielt, fand aber diesen Antrag eine Bräutigamsversammlung statt. Nur der Reichstagsabgeordnete Porzig, der auch Jenaer Stadtvater ist, stimmte allein gegen diesen Antrag. Doch damit glaubte Herr Porzig, noch nicht genug getan zu haben. Er griff wegen

dieses Vorgehens die Gemeindeverwaltung an, die ohne Befragung und Kenntnis der Verhältnisse einander mit ihren Protesten gegen die „angebliche“ Fleischnot nachlaufen. Das entspräche nicht dem Maße von Intelligenz, die sich in den Mauern Jena's berge. — Jetzt fand nun die erste Sitzung des Gemeinderats statt und ein paar Gemeinderatsmitglieder nahmen die Gelegenheit wahr, um dem Herrn Oberlandesgerichtsrat Porzig den Kopf gehörig zu waschen. Einer seiner Kollegen sagte ihm, daß böse Zungen sogar behaupteten, daß er für diese „tappere“ Haltung von der Altenburger Regierung einen — Orden erhalten habe. Herr Porzig versetzte nun seinen agrarischen Standpunkt in längere Rede. Es wurde dem Herrn darauf erwidert, daß doch der Jenaer Gemeinderat nicht der Ort sei, wo er seine agrarische Redekunst auszuüben hätte. — Jüngere Reden hatten keine. Im übrigen sollte der Herr Oberlandesgerichtsrat sich nur nicht aufspielen, als wenn er allein etwas von solchen Fragen verstünde, sein Aufsehen erwinne lebhaft an das Sprüchwort:

Je plus tu sais, plus tu te frottes.

Je plus tu es, plus tu te frottes — comme il faut!

Unter schallender Heiterkeit wurde so dem Herrn Reichstagsabgeordneten für Altenburg von bürgerlicher Seite heimgeleuchtet.

Abwarten! Das Ministerium des Innern wird, wie verlautet, dem Landtag tatsächlich einen Gesetzentwurf betr. die Neueinteilung der preussischen Landtagswahlkreise vorlegen.

Schweden.

Die Zweite Kammer ist nach ihrer vorliegenden definitive Feststellung zusammengesetzt aus 112 Liberalen, 80 Anhängern der Rechten, 24 Widen und 14 Sozialdemokraten. Das bedeutet eine Verschiebung von 18 Mandaten von der Rechten nach der Linken gegenüber der früheren Parteikonstellation. Schon nach der vorigen Wahl glaubte man, daß sich die Mehrheit auf die Linke neigen würde, da man erwartete, daß sich ein Teil der Widen an die liberale Sammlungspartei anschließen würde. Das geschah aber nicht, vielmehr bildeten sich 30 Widen eine besondere Partei unter dem Namen moderate Reformfreunde. Die Partei bildete das Junglein an der Wage bei allen wichtigen Fragen. Nur mit knapper Mehrheit gelang es, in der Zweiten Kammer eine Verpfändung der Wahlreform zu verhindern, aber sie konnte keine positiven Reformen durchsetzen. Nach der letzten Wahl fehlten der liberalen Sammlungspartei nur einige Sitze an der absoluten Mehrheit, und mit der Sozialdemokraten, die jetzt das Junglein an der Wage bilden, hat sie die entscheidende Macht. Die Frage der Verhältniswahl, mit der die Regierung die Durchführung des allgemeinen Wahlrechts verknüpfen wollte (es sollte wohl für die Zweite Kammer eine Verhältniswahl eingeführt, aber keine Verfassungsänderung durchgeführt werden, also die Stellung der ersten Kammer die alte bleiben), wird jetzt von der Tagesordnung verschwinden, denn die neugewählte Zweite Kammer wird aus 84 Proportionalisten und 146 Antiproportionalisten bestehen. — Die ganze eigentliche Unruhe verlagert sich in den Ministerrat, sobald das jetzige Koalitionsministerium die Liaisonsfrage abgewickelt hat, sie verlangt ferner, daß dem Reichstage, der nach Navidad zusammentritt, ein Vorschlag für ein einheitliches allgemeines Wahlrecht vorgelegt werde.

Norwegen.

Auf dem Wege zur Republik. Wir meldeten gestern auf Grund mehrerer übereinstimmenden Nachrichten, daß der Präsident des Stortings auf eine Anfrage erklärt habe, Michelsen werde sich jedenfalls an das dänische Königshaus hinsichtlich der Ueberlassung eines Prinzen als norwegischer König gewandt haben. Diese Nachricht ist falsch. Nach authentischen Mitteilungen erwiderte der Präsident, daß Michelsen sich auf keinen Fall als Chef der Regierung solche Anfrage geleistet habe. In seiner Ansprache anlässlich der Stortingsabschluss erklärte der Präsident Werner: „Meine Herren! Bedeutungsvolle und weitreichende Beschlüsse hat dieser Storting zur Wahrung des vollen Rechtes Norwegens als souveränes Reiches vorzunehmen müssen. Der Storting ging zu diesen Beschlüssen über, weil er es einerseits als Pflicht empfand und weil man andererseits sicher war, daß diese Beschlüsse dem Volke zum wahren Nutzen sein würden. Wir bestanden zuversichtlich, daß die Zukunft diese Hoffnung nicht zu schänden machen wird. Wir sind sicher, daß alle Normänner, Frauen wie Männer, sich in dem Streben zu dem Ziel bereuen werden, Norwegen als das freie und selbstständige Reich zu erheben. Jedem wir nun scheiden, wollen wir uns alle zusammenschließen in dem Wunsche, der augenblicklich in aller Munde lebt: Gott bewahre das Vaterland!“ — Etwas zu früh am Schluß, aber im ganzen vernünftig und würdig.

Rußland.

Die Vorgänge in Moskau nehmen einen immer bedrohlicheren Umfang an. Zwar erklärt man amtlichseits, daß die Vorfälle zu Demonstrationen keinen Anlaß geben; diesen Erklärungen ist aber keine Bedeutung beizulegen, da sich amtliche russische Erklärungen bekanntlich immer als Schwindel herausstellen. Wie ernst die Situation ist, geht daraus hervor, daß im Laufe der letzten Tage in Moskau Barrikaden errichtet worden sind. Am gestrigen Tage kam es wieder zu einer Straßenschlacht, bei der 30 Arbeiter, zwei Droschkentritter und ein Student schwer verletzt worden. Der Kampf dauerte eine Stunde. Die Zahl der Opfer dürfte somit bedeutend größer sein. Größere Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Polizei fanden ferner auf der Woschischenski-Straße statt, wobei ein Kosak getötet wurde, drei Kosaken wurden schwer verwundet. Geschossen wurde übrigens in verschiedenen Straßen, wie z. B. in der Twerstaja, auf dem Straßplatz und auf dem Boulevard, wobei die Polizeischergen vielfach durch Steinwürfe und Revolverkugeln verwundet wurden, während das Volk besonders durch Säbelhiebe verletzt wurde. 15 Arbeiter wurden bewußtlos davongetragen. Die revolutionäre Bewegung wächst. Tausende von Arbeitern der Moskauer-Brest-Eisenbahn streiken. Die Barrikaden werden von zahlreichem Militär bewacht.

Die Versammlungsfreiheit. Max schreibt der „R. f. Kor.“ aus Petersburg: Die Maßregelungen der

Personen, die der Regierung bei der Wahllegislation als besonders gefällig erscheinen, danach fort. — In der Gestalt des Arztes Burje hat die Regierung sich eines ihr bei der praktischen Wahllegislation besonders unangenehmen Mannes entledigt. Jetzt hat sie einen sehr bekannten Journalisten den Madateur der liberal-demokratischen Zeitung „Rajcha Gija“ Wodowosoff, der für die ständige Redaction über die Aufgaben der „Dama“ durch seine Schreien und Vorträge sehr viel beigetragen hat, für die nächsten drei Monate, also gerade für die Zeit der Wahllegislation unerschütterlich gemacht. Wodowosoff hielt in dieser einen Vortrag über das Wesen des Offiziersstandes in Dama. Während des Vortrags, dem einige hundert Personen beizuhören, erschienen im Saale der Hofkammer und forderte das Publikum auf, den Saal zu verlassen. Im Publikum lief die Forderung Entrüstung hervor. Alle man sich etwas bewegt hätte, überzogen Wodowosoff und noch einige Herren das Publikum, daß man dieses mal der Gewalt weichen müsse. Man verließ den Saal und als in demselben noch 200 bis 300 Personen waren, wurden die Türen geschlossen und die Polizei nahm eine Revue der Pässe vor. — Ungefähr 100 Mann, die keine Legitimation bei sich hatten, wurden dann im Saale eingesperrt und viele von ihnen von der Polizei mit Knüpfen und Säbeln bearbeitet. Einige bekamen auch Säbelwunden. — Der Leiter der Versammlung selbst ist aber vom General-Gouverneur auf administrativem Wege zu einer dreimonatigen Gefängnisstrafe verurteilt worden. (1) — So endet hier ein Versuch, der Gesellschaft eine richtige Aufklärung vom Wesen der „Dama“ zuzubringen. In den Zeitungen konnte natürlich die Episode in seinem wahren Lichte nicht beleuchtet werden. Der literarisch-historische Verein, in dessen Räumen der Vortrag stattgefunden hat, ist dann vom General-Gouverneur aufgelöst worden.

Ueber die unlängst erfolgte Einrichtung der Matrosen Petrow, Tetow, Adamenko und Tscherny, der „Räuberführer“ auf dem „Bau“, veröffentlicht das in Genf erscheinende russisch-revolutionäre Blatt „Proletariat“ folgende Einzelheiten: „Ohne den Befehl irgend welche Mitteilung darüber zu machen, was ihnen bevorstand, wurden sie nachts auf ein freies Feld geführt. In Exaltation wurden 30 jüngere Matrosen kommandiert, die man durch ein Bataillon des West-Baltiments umzingelte. Dann hielt Admiral Tschuchin an die 30 Matrosen folgende Ansprache: „Matrosen, Ihr werdet in die Aufrechter stehen. Falls Ihr nicht ungesäumt dem Befehle Folge leisten solltet, werden die Soldaten, die Euch umzingelt haben, auf Euch schießen. Bleibt gut, damit die Oaf Eurer Kameraden nicht verärgert wird.“ Die Generale machten auf die Soldaten einen unheimlichen Eindruck. Tiefen Nacht. Die Gruppe der vier Reuter im Lichte der Fackeln. Ringum die blinkenden Bajonette und die Schatten der Soldaten. Der die Exaltation leitende Offizier konnte vor Aufregung anfänglich nicht kommandieren. Eine Salve nach der anderen krachte durch die Stille der Nacht. Einer der Exaltierten war von 16 Schüssen durchbohrt. Petrow blieb unversehrt. Aufrechtstehend rief er laut: „Nieder mit dem Zarismus! Es lebe die Revolution!“ In diesem Augenblick ertönte Admiral Tschuchin den Soldaten den Befehl, Petrow zu töten, die sich auch auf ihn stürzten und ihn mit den Köpfen ihrer Gewehre niederzuschlagen.“

Österreich-Ungarn.

Als eine Tragikomödie bezeichnete Graf Andrassy in der Dienstags-Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses, die, wie bereits gemeldet wurde, abermals der Vertagung anheimfiel, den Konflikt zwischen der Krone und der Mehrheit des Parlaments, der in den fortwährenden Vertagungen des Hauses seinen Ausdruck findet. Ueber die Ausführungen des Grafen wird aus Budapest berichtet: Andrassy erklärte, er wolle zunächst das seltsame Vorgehen der Minister geklärt, die gegen das Abgeordnetenhaus nicht im Abgeordnetenhause erschienen seien. (Zwischenruf: Wo ist die Sitzung?) Andrassy fuhr fort: Es ist nicht aus Feigheit, sie besäßen viel mehr Mut, als gut ist, ich beweihe sie allerdings um diesen Mut nicht. Die Regierung hat dem Abgeordnetenhause gegenüber Geringschätzung an den Tag gelegt, die Regierung hat unannehmlich die Basis des Gesetzes verlassen, und bleibt nichts übrig, als zu protestieren. Wir werden uns zu keiner Gewaltthat hinreißeln lassen; wenn die Regierung darauf gerechnet hat, daß die erhobten Gesetze sich in Ausfertigungen Luft machen werden, so hat sie sich getäuscht. Wer Recht und Gesetz auf seiner Seite hat, der hat nicht nötig, sich in lärmenden Demonstrationen zu ergöhen. Der Protest gegen die Vertagung ist notwendig, weil niemand weiß, was der morgige Tag bringt. Vielleicht wird der letzte Aufzug dieser Tragikomödie die Auflösung des Abgeordnetenhauses sein. Man wird das Volk befragen; jedoch wenn es sein Urteil abgegeben hat, wird man seine Stimme misachten wie bisher. Graf Andrassy verlas hierauf den umfangreichen Protest, in dem die Verfassungswidrigkeit der fortwährenden Vertagungen betont wird. Es heißt in dem Protest weiter: Man habe die persönliche Ansicht des Königs dem Willen der Nation gegenübergestellt; eine riesige Verantwortung belasse diejenigen, die diese Politik vollzogen; dadurch sei die Rabschheit zur Verfassungskrise geworden. Die Situation werde dadurch charakterisiert, daß einerseits die Majorkität unter den vorgeschriebenen Bedingungen die Regierung nicht übernehmen könne, andererseits wage die Regierung nicht, an die Nation zu appellieren. Nach dem Grafen Andrassy dessen Ausführungen mit großem Beifall aufgenommen wurden, ergriff Graf Tisza das Wort und führte aus, er könne an der Diskussion nicht teilnehmen, da nach seiner Auffassung nach der Verlesung der Vertagungsorder keine Debatte zulässig sei. Der Redner erklärte, man könne sich auf den Protest Franz Deak's aus dem Jahre 1866 als Präzedenzfall nicht verlassen, da 1867 die Verfassung geändert worden sei. Seit 1867 befolge das Abgeordnetenhause die von ihm, dem Redner, beantwortete Frage. Graf Tisza und seine Anhänger verließen darauf unter höflichen Zurufen der übrigen Abgeordneten den Saal. Der Sozialist Mezöfi beantragte, das königliche Handschreiben nicht zur Kenntnis zu nehmen und die Beratung fortzusetzen. Graf Apponyi belämpfte die Ausführungen des Grafen Tisza. Man

würde an der Vertagung mitschuldig sein, falls man das königliche Handschreiben stillschweigend ohne Protest zur Kenntnis nähme. Hierauf wurde der Beschlußantrag Andrassy fast einstimmig angenommen.

Frankreich.

Die „Enthüllungen“ Descaffes. Die Köln. Zig. meldet aus Paris: „Die „Humanité“ veröffentlichte den Wortlaut eines von Jaurès am Sonntag in Amoyes gehaltenen Vortrags. Darin bekräftigt Jaurès die Haltung des „Rechts“ über das französische Militär mit folgenden Worten: „Descaffes hat bei der „Rechts“ über die Verhältnisse, die den Krieg Descaffes herbeiführten, Eröffnungen gemacht, die nur von Descaffes selbst angegeben können. Ich bin in der Lage, zu behaupten, daß ich in der ersten Hälfte der Reihe von drei Monaten erfahren habe, daß die Dinge sich in der Tat so zugezogen haben, Descaffes habe sich angewandt, seine Handlungen, seine ganze Führung der auswärtigen Politik des Vorkriegs als Bräutigam und der öffentlichen Meinung zu entziehen. An dieser absoluten, unverantwortlichen Macht hat er sich allzu häufig berufen, und als es ihm gelungen war, Frankreich in verabschiedete Beziehungen mit Italien und England zu bringen, so er sich in dieser Richtung dem Gendarmen hin, der Mann der Revanche werden nach Deutschland hinstreben und zentrieren zu können. Er sah sich am Ziel seiner Träume, in einer zugleich dankbar und blutigen Verwickelung, als Sieger und Richter des Rechts, der die Integrität und Oberhoheit Frankreichs wieder herstellte.“

Die antimilitaristische Propaganda. In dem Aufruf, der von anderen Genossen unter den zum Militär einberufenen jungen Leuten verbreitet wurde, heißt es u. a.: „Man gibt Euch eine Karte in den Arm. Was ist für wozu? Scheinbar sollt Ihr sie gebrauchen, um Euer Helm zu verteidigen. Habt Ihr denn überhaupt ein Helm? Die Wahrheit ist es das Heim der Reichen, zu dessen Verteidigung Ihr gezwungen werden sollt; Ihr werdet es weniger gegen den äußeren als gegen den inneren Feind zu verteidigen haben. Dieser Feind ist Euer eigener Bruder... Werdet Ihr marschieren? Werdet Ihr Brudermörder, Vatermörder werden? Was ist ein Soldat, wenn man unter Bergen von Proletariatsleichen die Ideen der Volkbefreiung begraben könnte! Wollt Ihr mitschuldig werden? Ihr müßtet es sein, wenn Ihr das Blut Eurer Brüder von jenseit der Grenze verstreuen wolltet. Wenn die Regierung weiß, daß sie nicht auf Euch zählen kann, wird sie weniger herausfordernd sein und wird mit einer Kriegserklärung zögern. Seht Ihr ein, daß eine Kriegserklärung der Persischen für uns das Zeichen zum Aufstand in Rußland gegen die Ausbeuter im Innern sein muß? Das mögen unsere Herren fürchten, und sie werden vorsichtiger sein!“

Nicht Militär, sondern Gendarmen. Der französische Kriegsminister erklärte einem Berichterstatter, daß er zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Auslandsgebieten in Zukunft keine Truppen, sondern ausschließlich Gendarmen verwenden werde. Die Kosten für eine erhebliche Verstärkung des Gendarmekorps würden zwar ziemlich bedeutend sein, doch müßte die Geldfrage angesichts der Wichtigkeit der Angelegenheit in den Hintergrund treten. Ein Gesandtschaftsmitglied, der von den Vätern der Ministerien des Krieges, des Innern, der Justiz und der Finanzen gepöbelt wurde, solle schon zu Beginn der nächsten Session dem Parlament unterbreitet werden. — Ob Militär oder Gendarmen, bleibt sich gleich.

Ueber den Wasserzweck.

Donnerstag, den 12. Oktober.

Der Bezug von hängewerblichen Arbeitern nach Lübeck ist infolge großen Angebots von einheimischen Arbeitskräften vorläufig noch fernzuhalten.

Achtung, Zimmerer! Ueber den städtischen Wasserbauplan wurde die Sperre verhängt, weil die Verwaltung es ablehnt, den tarifmäßigen Lohn zu bezahlen.

Ueber den Berliner Niesenkampf in der Elektro-Industrie bringt unser Amtsblatt nach der „Nat.-Zit.“ einen Artikel, der es, wie gewöhnlich, mit der Wahrheit nicht sehr genau nimmt. Nachdem allerlei unkontrollierbare Angaben über die Höhe des Lohnes gemacht sind, heißt es weiter:

Es kann sich also bei der augenblicklichen Bewegung der Berliner Elektrizitätsarbeiter gar nicht, wie wir wiederholt betonten, um eine leicht zu lösende Lohnfrage handeln; sondern die Aufmerksamkeit derselben durch die von den Führern vorgeschobenen Lagerhalter und Schraubendreher sollte einen prinzipiellen Kampf um die Macht eröffnen. Zu dieser Einsicht ist sogar der Führer der Nationalsozialen, Harter Naumann, gelangt, der in den Umständen der letzten Zeiten stets auf Seiten der Ausständigen zu sehen war; er schreibt jetzt in seiner „Hilfe“, es scheint, daß die Arbeitermassen, bei denen die Entscheidung lag, unter allen Umständen den Kampf wollten.

Jetzt muß also wieder Harter Naumann als Kronzeuge für das Unternehmertum herhalten; weil er meint, daß die Arbeiter den Kampf wollten. Bisher rechnete man in national-liberalen Kreisen Naumann nur zu den phantastischen politischen Schwärmern, die nicht immer ernst zu nehmen sind. Jetzt ist es allerdings etwas ganz anderes. Bald so, bald so, wie's trifft! Im übrigen machen wir unsere Leser auf den Artikel in unserer heutigen Nummer aufmerksam, in dem wahrheitsgetreu über den Ursprung und Verlauf des Berliner Niesenkampfes berichtet wird.

Vom Bürgerrechtswahlrechtskreis. Die brutale Entrechnung des größten Teiles der Lübecker Bevölkerung suchte man f. Zt. dadurch zu beschönigen, daß man erklärte, nach dem neuen Wahlrecht könnten auch die minderbemittelten Bürger wählen, wenn sie nur in den der Wahl vorangehenden vier Jahren Einkommensteuer gezahlt hätten. Welchen Biedersehen man hinter dieser Bestimmung versteckt hatte, hat sich erst jetzt herausgestellt. Ein alter Lübecker Bürger, der bereits im Jahre 1871 das Bürgerrecht durch Zahlung schwerer Geldes erworben und auch stets Einkommensteuer gezahlt hat, begab sich gestern, wie es Pflicht eines jeden Bürgerrechtswahlers ist, nach dem Steuerbureau, um sich davon zu überzeugen, ob sein Name in den Wählerlisten verzeichnet sei. Mit Staunen erfuhr er, der bei der letzten Wahl noch ungehindert wählen durfte, daß es nach dem neuen Wahlgesetz

nicht mehr wählen könne. Und warum? Er hatte zwar im Jahre 1901 Einkommensteuer gezahlt, jedoch war er krankheits halber für zwei Quartale von der Entrichtung der Einkommensteuer befreit worden. Natürlich will sich der alte Mann, der, wie es in dem Wahlgesetz wörtlich heißt, seit dem 1. April des vierten dem Jahre der Wahl vorangehenden Jahres dauernd seinen Wohnsitz im Lübecker Staatsgebiete gehabt und während dieser Zeit alljährlich Einkommensteuer bezahlt hat, nicht mit diesem Bescheide zufrieden geben, sondern sich beschwerdeführend an den Vorsitz der Bürgerrechtswahl wenden. Es wäre einfach handlich, wenn man einen Bürger Lübeck schon deshalb mit dem Verlust des Wahlrechts bestrafen wollte, weil er durch die Verhältnisse gezwungen, für ein oder zwei Quartale um Steuererlass einkommt. Daß dieser Fall nicht vereinzelt dasteht, wird dadurch dargelegt, daß auch einem Kranken, der in Andreasberg ein Vierteljahr untergebracht war und für diese Zeit von der Steuer befreit wurde, jetzt das Wahlrecht genommen worden ist. Wenn die Beschwerdeinstanz sich den Gründen verschließt, die für die Berechtigung der Beschwerde sprechen, so dürfte die Folge sein, daß ein nicht unerheblicher Teil der Arbeiterschaft und auch des sogenannten Mittelstandes, der im Falle von Krankheit und Erwerbslosigkeit sich für eine kurze Zeit außer Stande sieht, Einkommensteuer zu zahlen, vom Wahlrecht ausgeschlossen wird. Ein solches Verfahren wird die Proletierung als einen Schlag ins Gesicht empfinden und die Folge wird sein, daß auch die Leute, welche bisher noch abseits von unseren Ideen standen, im Bewußtsein des ihnen geschehenen Unrechtes sich der Sozialdemokratie zuwenden. Das kann uns allerdings nur recht sein!

Zahlt Schulgeld! Das für die Schüler der städtischen Volksschulen für das 3. Vierteljahr des Schuljahres 1905/06 (Michaelis bis Weihnacht) zu zahlende Schulgeld ist in der Zeit vom Montag, den 9. Oktober bis zum Sonnabend, den 21. Oktober werktäglich vormittags von 9-1 Uhr und nachmittags von 3-5 Uhr bei der Klasse der Oberschulbehörde, Glockengießerstr. 4, unter Vorlegung der Schulgeldzahlungsbücher zu entrichten.

Die Versammlung der Bürgerchaft am Montag, den 16. Oktober 1905, wird folgende Tagesordnung zu erledigen haben: 1. Mitteilungen des Senates. 2. Nachtrag zur Notariatsordnung. 3. Nachbewilligung an die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanlagen zur Ausgleichung ihrer Abrechnung vom Rechnungsjahr 1904. 4. Herstellung von Speise- und Verteilungstabelle aufgeführt der Wallhalbinsel behufs Anschlusses des am Kulenplatz zu errichtenden 10 Tons Franz. 5. Quittierung des Stadtverwalters für seine Geschäftsführung im Rechnungsjahr 1902. 6. Verkauf der sogenannten Försterstelle in Blieftorf. 7. Verkauf des Grundstückes Klosterstraße Nr. 19.

Das neue Lübecke Bürgerchaftswahlgesetz ist nicht gerade sehr einfach und klar gefaßt, noch weniger sind es die Uebergangsbestimmungen. Es dürften noch mancherlei Irrtümer und Verwickelungen bei der Anwendung derselben passieren. Ein solcher Irrtum ist in unserer gestrigen Notiz betr. die Wahl im Lübecker Landgebiet enthalten; es muß dort heißen, daß die Wähler der vierten Abteilung nur in Travemünde und im Travemünder Landgebiet wählen können. Offenlich beteiligen sich dieselben auch recht zahlreich an der Wahl, denn sie vertreten in diesem Jahre die Arbeiterschaft des gesamten Lübecker Landgebietes und müssen zeigen, daß der ganze Freistaat zur roten Fahne hält. Sich selbst zum Ruh und den Wahlrechtsträubern zum Glück!

Neue Oberlehrer. Der Senat hat die Oberlehrer Dr. phil. Karl Friedrich Grube in Hamburg, Dr. phil. Karl Georg Schmidt in Bremen und Dr. phil. Erich Karl Winder in Moskau zu Oitern 1906 zu Oberlehrern am Johanneum ernannt.

Den Vorsitz im Finanzdepartement hat Senator Eichenburg wieder übernommen.

Sinter den Antiften der Heilsarmee. Unter diesem Titel hat der Vorstand des Vereins ehemaliger Heilsarmee-Offiziere in Berlin eine Broschüre erscheinen lassen, die sich mit den inneren Zuständen der Heilsarmee (der Berliner Wig hat sie Heilsarmee getauft) beschäftigt. Die Verfasser der Schrift werfen darin den Leitern der Heilsarmee so ziemlich das schlimmste vor, was sich gegen eine Gesellschaft, die sich ihrer Erfolge auf sozialem Gebiete rühmt, sagen läßt. Durch jahrelange, geschickte Manöver, durch pompöse Reklamartikel über ihre angeblichen Erfolge, die von der farblosen Presse zuweilen kritiklos aufgenommen worden seien, habe die Heilsarmee die öffentliche Meinung über ihre innere Säulnis hinwegzutäuschen gemußt und besonders die oberen Besitzenden Klassen für sich einzunehmen verstanden. In immer höhere Kreise versuchten diese neuen Jesuiten ihre Propaganda zu strecken, um, wenn möglich, unter hoher und höchster Protektion ungestört ihr Ausbeutungssystem betreiben zu können. An einer Menge Beispiele wird dann gezeigt, wie bei all den „Samaritanerwerken“ der Heilsarmee in erster Linie der geschäftliche Vorteil in Frage kommt, in wach unerhörter Weise die „geretteten Seelen“ ausgebeutet werden und wie schließlich auch die stützenden Zustände unter den Heilsarmeekämpfern und -kämpferinnen viel zu wünschen übrig lassen. Bewahrt sich auch nur ein Teil der in der Broschüre erhobenen Anklagen und Vorwürfe, so werden die zuständigen Behörden wohl Einsicht in die geschilderte seltsame Finanzgebarung und den ganzen eigentümlichen Organisations- und Agitations-Apparat der Armee des General Booth nehmen müssen. Das Ganze scheint uns wieder ein Beweis dafür zu sein, daß unter religiöser Frage sich noch immer das Kupfer der lieben Mimenchen am einträglichsten betreibt läßt. Auch in Lübeck sind die Agenten der Heilsarmee eifrig an der Arbeit, um Anhänger und Geld für ihre Sache zu gewinnen.

Den Offenbarungseid leisteten im Monat September 3 Personen; eine Person betraf sich auf den früher in Schwartau geleisteten Eid.

Straßenperre. Wegen vorzunehmender Erarbeiten wird die Straßenzugung für Straßenschlummacherstraße am 12. und 13. d. Mts. die Kreuzung der Gütstraße und der Straße „An der Mauer“ am 13. und 14. d. Mts. für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

Der Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde beginnt seine Winterthätigkeit am Sonnabend, den 14. Oktober, im Konzerthaus Fünfhausen mit einem Vortrage des Herrn Dr. Obermeier „Sicht, Rheumatismus, Schiess und deren naturgemäße Behandlung.“ Der Beginn des Vortrages ist auf 9 Uhr festgesetzt, jedoch auch die Geschäftsleute den gewiß interessanten Vortrag besuchen können. An Besuchern wird es nicht fehlen. In der Pause des abends ein neuer Dampfapparat „Universal“ vorgeführt.

Die Senate der Hansstädte sollen ihre Vertreter im Bundesrat angewiesen haben, für die Dehnung der Grenzen für Schlachtvieh und für die Milderung der Fleischnot einzutreten.

Staatlich subventioniertes Stadthallen-Theater.
Die erste Operetten-Vorstellung wird im Stadthallen-Theater Freitag zur Aufführung gelangen und zwar Zellers „Vogelhändler“. Die Titelpartie ist mit Herrn Ferschle besetzt, die Briefschreiber singt Käthe Meyer-Jäger und die Kurfürstin Elsa Strauß. Sonnabend wird legitimiert „Der Waffenschmied“ zu kleinen Preisen gegeben.

Nach den Listen des Germanischen Monats sind in der Zeit vom 24. bis 30. September im ganzen 139 Schiffsunfälle gemeldet worden. Es sind 6 Dampfer und 8 Segelschiffe total verloren gegangen. 95 Dampfer und 30 Segelschiffe haben Beschädigungen erlitten.

Zugung von Maurern nach Schlutup ist fernzuhalten.
Zugung von Arbeitern und Arbeiterinnen ist fernzuhalten von der Schlutuper Fischindustrie, von Arbeitern von der Bögischen Sägemühle in Schlutup und von der Sägemühle von Nothbrun in Lanen.

Schönberg. Vermischt wird hier seit Mittwoch der Buchhalter G. des Bahnbaunternehmers Steinweg. Der Vermählte ist ein Neufreliger. — Wie notwendig die Errichtung der eröffneten Bahnstrecke war, ergibt sich daraus, daß in der ersten Woche nach Eröffnung des Betriebes zeitweise 1000 Personen befördert wurden, daß die Wagen dritter Klasse kaum reichten. Auch die Güterfracht läßt nicht zu wünschen übrig. Näheren Parteigenossen wird durch die neue Bahnlinie die Agitation um ein wesentliches leichter werden. Darum hinaus!

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Das Gewebe des Landmannes Wehr in Gartenbrühl bei Nendeburg brannte in der Nacht gänzlich nieder. Die Entstehungsurfrage des Feuers ist unbekannt. — Die Bark „Gannes“, von der Döje nach Grelle mündete unterwegs, wurde nachts von einem unbekannt gebliebenen Vollschiff angefahren und schwer beschädigt. Der Königsberger Dampfer „Düster“ traf das treibende und leck gewordene Schiff, das die Mannschaft durch Pumpen über Wasser hielt und schleppte es in Kiel ein. — Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang traf den Kammerjäger Föhler von Malchin. Derselbe bestand sich mit seinem Fuhrwerk in der Umgegend von Neubrandenburg, als er von dem Wagen herabfiel und sich hierbei gefährliche innere Verletzungen zuzog. Der Schwerverunglückte wurde in das städtische Krankenhaus überführt, woselbst er seinen Verletzungen erliegen ist. — Ein Unglücksfall, der vielleicht ein Menschenleben kosten wird, ereignete sich in Mittenwerder. Ein 20-jähriger Tischlergehilfe, der sich vor einiger Zeit einen Revolver gekauft hatte, zeigte ihn einem seiner Kollegen. Mithin entlud sich die Waffe, und das Projektil drang dem Angelegen, einem Vater von vier Kindern, in die linke Brustseite. Der Täter stellte sich sofort dem in Mittenwerder stationierten Gendarm. — Ein schwerer Unglücksfall hat sich in Warfeln bei Wismar a. d. O. bei einer Uebung der freiwilligen Feuerwehr ereignet. Der dem Steigerzuge angehörende Abbauer Heinrich Kröger stürzte von einem Baume und schlug mit dem Kopfe auf den gepflasterten Erdboden, sodaß er sofort besinnungslos war. In schwer verletztem Zustande wurde der Verunglückte auf Anordnung des herbeigerufenen Arztes nach Wismar ins Krankenhaus Bethesda gebracht, wo er bald darauf starb.

Hamburg. Eine Mahnung für die Malergehilfen! Der Bund norddeutscher Maler- und Lackiermeister (Sitz Hamburg) hat mit Rücksicht darauf, daß im Frühjahr 1906 höchstwahrscheinlich ein Ausstand im Malergewerbe für die Städte Hamburg, Altona, Wandsb. und Umgegend zu erwarten ist, beschlossen, eine Unterstützungskasse für Ausländer und ähnliche Fälle ins Leben zu rufen. Hoffentlich trägt dieser Beschluß dazu bei, daß auch die Arbeitnehmer zu der Erkenntnis kommen, daß sie nur dann etwas erreichen können, wenn sie sich alle ihrer Berufsorganisation anschließen.

Altona. Vier Kinder aus dem Fenster gestürzt. In einem Hause in der kleinen Gärtnerstraße vergnügten sich vorgestern Abend bei Eintritt der Dunkelheit vier Geschwister mit Verschießspielen. Zu diesem Zweck hatten sie die Vorhänge eines Fensters herabgelassen. Unglücklicherweise lösten sich die Fensterschlägel und alle vier stürzten aus dem Hochparterre auf die Straße und zwar ein Mädchen von 13 Jahren, ein Knabe von 11 Jahren, sowie zwei kleine Mädchen im Alter von 9 und 6 Jahren. Hierbei erlitt das kleinste Kind eine schwere Gehirnerschütterung, während die anderen drei mit geringen Hautverletzungen davonkamen.

Kiel. Ueber die Unterhandlungen im Baugewerbe, die auf Veranlassung des Gewerbegerichtspräsidenten Dr. Hoppe zwischen den streitenden Parteien stattfanden, veröffentlichten die bürgerlichen Blätter Mitteilungen, die wahres und falsches durcheinandermengen und die hauptsächlich von arbeitgeberlicher Seite in die Presse lanciert werden, um den Anschein zu erwecken, als wären die Arbeiter geneigt, um jeder Preis Frieden zu schließen. Daß davon keine Rede sein kann, geht daraus hervor, daß die ausgeperrten Zimmerer, die man vorgewagt hat, ohne daß sie überhaupt Forderungen gestellt hätten, jetzt auf Wunsch des Gewerbegerichtspräsidenten Forderungen formuliert haben, die dem entsprechen, was vorher einzelne Zimmerergruppen auf eigene Rechnung verlangt hatten. Die Forderung der Zimmerer geht auf neunständige Arbeitszeit und 65 Pf. Stundenlohn. Diese Forderung der Arbeiter beweist, daß sie einerseits, um den Friedensvermittlungen nicht im Wege zu sein, dem Vorgesetzten des Gewerbegerichts einen Wunsch erfüllt haben, daß aber andererseits von einer Kampfmündigkeit der Ausgeperrten keine Rede sein.

Christiansfeld. Ein trauriger Unglücksfall. Arbeiter Christian Christensen aus Fauerwraa, der früher jenseits der Grenze ein Kaufmannsgeschäft geführt hat, die letzte Zeit aber, an beiden Armen gelähmt, in Fauerwraa als Invalid gelebt hat, ist am Sonnabendabend auf traurige Weise um das Leben gekommen. Christensen war in der Dorfwirtschaft zur Miltion gewesen. Am Abend ist er da auf dem Nachhausewege vom Wege geraten und in den Graben gefallen. Der Unglückliche ist auf dem Kopf gefallen, und da er so wenig Kräfte beibehält, ist es ihm

leider nicht möglich gewesen, wieder hoch zu kommen. Der Erstickenstod hat seinem Leben ein Ende gemacht.
Bühow. Beendeter Lohnkampf. In der am Sonntag stattgefundenen gutbesuchten Maurer-Versammlung kam man nach längerer eingehender Debatte zu der Ansicht, daß es wohl aussichtslos sei, jetzt noch, nachdem der Kampf bereits 26 Wochen gedauert, auf einen günstigen Ausgang für die Streitenden zu hoffen. Beschllossen wurde daher, den Kampf für dieses Jahr zu beenden. Der Zugang von Maurern nach Buhow soll nach wie vor streng ferngehalten werden.

Warnemünde. Die hiesigen Maurer und Zimmerer hatten gelegentlich der Lohnerhöhung in Hosten ebenfalls Veranlassung genommen, von ihren Arbeitgebern den Hostenlohn, pro Stunde 48 Pf., (bisher 47 Pf.) zu erlangen. Die Unternehmer lehnten jedoch die Forderung mit der Begründung ab, daß sie nicht mehr wie bisher zu geben geneigt seien. Es ist ihnen nun ein Ultimatum gestellt. Die Maurer und Zimmerer legten Dienstag einmütig die Arbeit nieder, da die Unternehmer ihnen eine Antwort auf ihr Schreiben nicht hatten zu teil werden lassen. Zugung ist fernzuhalten.

Geestmünde. Arbeitseinstellung. Die hiesigen Halenarbeiter stellen wegen Lohnbifferenzen die Arbeit ein.

Beste Nachrichten.

Berlin. Ein neues Ultimatum der Berliner Metallindustriellen. Die Vertrauenskommission des Verbandes Berliner Metallindustrieller hat den Streitenden gestern mittag ein neues Ultimatum gestellt. Im Anschluß an eine Sitzung der Vertrauenskommission, der auch Vertreter der drei großen Metallfirmen beizuhören, wurde die Streikleitung aufgefordert, Vertreter zu entsenden. Als solche erschienen der zweite Bevollmächtigte des Deutschen Metallarbeiterverbandes Bernicke und die beiden Vertreter der Arbeiterausschüsse der Streitenden. Diesen wurde erklärt, daß die den Streitenden gemachten weitgehendsten Zugeständnisse aufrecht erhalten würden. Die Streitenden möchten sich bis Freitag nachmittag 4 Uhr erklären, ob sie gewillt seien, unter diesen Umständen die Arbeit aufzunehmen. Auf weitere Zugeständnisse seitens der Direktionen sei nicht zu rechnen. Im Falle der Annahme des Ultimatum würde die Aussperrung aufgehoben und würden die Betriebe sofort wieder geöffnet werden. Die Wiedereinstellung würde in der Weise erfolgen, daß alle sich Meldenden wieder an ihre alten Arbeitsplätze kommen.

Karlshöhe. Mord. Der 23 Jahre alte Schieferbeder Theodor Hilpert in Lahr, am Trunkenbold, erschach seinen 86-jährigen Großvater, der ihm Geld verleierte. Der Mörder wurde abends verhaftet.

Alltliche Notierungen der Produktentörze.
Inländisches Getreide. Läden, 11. Oktober.
Weizen, 130—133 Wfd. holl., M. 162—164 Roggen 124—126 Wfd. M. 146—148 Hafer, je nach Qualität, M. 135—150, Gerste, je nach Qualität, M. 140—155.

Dem Sächtermeister Carl Wunderwaldt zu seinem am 19. d. Mts. amstündenden Wieden eine herzliche Hoch.

Ein klein. gebr. Petroleum-Öfen zu kaufen gesucht. Kaiserstraße 4a.

Gesucht sofort ev. 1. November ein junger Knecht. Dr. Siwers, Stadtsdort.

Gesucht ein tücht. Schuhmacher P. Bernhard, Hagenstraße 10.

Gesucht ein Schuhmachergehilfe. Gänsehäuser 11.

Ein Klempner und Mechaniker gesucht. Seitenstraße 48.

Umständlicher ein Haus billig zu verk., worin seit 14 Jahren eine Krämeri betrieben worden ist. Näheres kleine Gröbenstraße 12.

Teschwe, fast neu, billig zu verk. Schulstraße 13, I.

Dienstags und Freitags:
Schwarzsauer
Heinr. Muhly,
Hollstraße 14.

Flohenschmalz
gar rein
ist weiß, nur 54 Pfg.
Ludw. Hartwig, Oberstraße 8.
Es erhalten besten Marken.

Kaune eine große Partie
Havanna-Zigarren
mit Zinnober-Decke, leicht aromatisch,
6 Stück 40 Pfg.
„Für Kenner“
reine feine Zigarre
6 Stück 35 Pfg.

Mexiko-Zigarren
6 Stück 35 und 40 Pfg.
zusätzlich 6 Stück 30 Pfg.
Joh. Nagel, Engelstraße 51.

Zigarren à 5 und 6 Pfg.
vorzügliche Qualität, große Auswahl

Hermann Kersten
Zigarrengeschäft, 12 obere Gänge 12.
Schönheits-Sager seiner Zigaretten
in allen Bezirken.

Spezialität: Kist-Isis, tabaklos 2 H.-Zigaretten.

Ohne Anzahlung
erhalten alle Kunden Waren, die ihr Konto beglichen haben.

Möbel auf Credit
S. Sachs
Hilfsstr.

Blusen, Röcke, Jacken, auf Credit
pro Woche 1 Mark an
S. Sachs

Vorläufige Anzeige.
Arbeiter = Radfahrer = Verein.
Gegründet 1894.

Grosses Gala-Saalfest
am Sonntag den 26. November
in sämtlichen Räumen des Vereinshauses, Johannisstr. 50/52.
Aufsetzen des Radfahrers J. Dahkemper nebst 7-jähriger Tochter aus Kiel und J. Mustin nebst 7-jährigem Neffen, Mitglied unseres Vereins.
Das Komitee.

Martin Höper zu seinem 22. Wieden eine herzliche Hoch. Am rate mal.
Für 1-2 junge Leute ein gutes Logis mit voller Pension
An der Wanz, Ecke Seitenstraße 41 a

Achtung!
Kafenarbeiter
(zentral).
Mitglieder-Versammlung
am Freitag den 13. Oktober
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht Mitglieder.
2. Jahresbericht.
3. Wirtschaftsprüfung.
4. Geschäftsberichterstattung.
5. Weitere Beschlüsse und Angelegenheiten.
Der Vorstand.

Lübecker Genossenschaftsbäckerei
E. S. m. b. H.

Ordentliche General-Versammlung
am Freitag den 20. Oktober
abends 8 1/2 Uhr
im „Vereinshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 3. Quartal 1905.
2. Antrag der Grundstücke Johannisstraße 46-48.
3. Abänderung des § 1 unseres Statuts.
Kontrollierte legitimieren.
Lübecker Genossenschafts-Bäckerei
E. S. m. b. H.
P. Pape. J. Böger.

Empfehle meinen Rasier- u. Haarschneide-Salon.
Saubere und prompte Bedienung
J. Tams, Weierstraße 34.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** Kuba.
Markt 4 10.
sind vorthellhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. N. N.:
Lederhosen . . . 1,80—6,45
Mantelhosen . . . 2,60—8,75
Schlösserhosen . . . 1,88—5,25
Leberziehhosen . . . 0,88—2,85
Zwirn-Hosen . . . 1,38—5,25
feine Jacken, Schräge und gerade, 1,28
Kajen, Hemden, Schlachterjacken, Felleurjacken,
Maler-Mäntel erkannlich billig.
Mägen von 80 Pfg bis 1,88 RM.

Öeffentliche Kartell-Versammlung
am Freitag den 13. Oktober
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnungen.
2. Antrag der Aufsichtskommission auf Kündigung an dem Besoldungsplan des ersten Arbeitersekretärs.
Bollähliges Erscheinen der Delegierten erwünscht.
Die Kartellkommission.

Panorama
Breitestraße 53, 1. Stg.
Auf besonderen Wunsch:
Wanderung d. d. malerische sächsische Schweiz.
Jeden Tag von 11-10 Uhr geöffnet.

Stadthallen-Theater.
Freitag den 13. Oktober.
12. Borf. 11. Abom-Borf. 2. Freit. Ab.
Der Vogelhändler.
Operette in 3 Akten von Zeller.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Läden und Nachbargebiete“ sowie der mit P. L. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Julius Stilling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Läden und Nachbargebiete“ sowie die mit P. L. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Paul Söwigh. — Druck: L. Söwigh & Co. — Druckort: Lübeck.

